



Newsletter Integration und Migration

In dieser Ausgabe:

„Ein gemeinsames Engagement für Beschäftigung“	1
Qualifikationsniveau in Europa steigt	1
Leitlinien zur Freizügigkeitsrichtlinie	1
EU-Ausländer haben Anspruch auf Hartz IV	1
Weltflüchtlingsstatistik 2008	2
Neu: Bundesstelle zur Verhütung von Folter	2
Freikirchler mit Ausiedlerhintergrund - Russlandmennoniten	2
Erster Integrationsindikatorenbericht erschienen	3
Buchempfehlungen - Fortbildungen - Downloads	4
Veranstaltungshinweise	4
Impressum	4

„Ein gemeinsames Engagement für Beschäftigung“

Um einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in der EU zu begegnen, schlägt die Kommission Prioritäten für eine gemeinsame Beschäftigungsstrategie vor:

1. Erhaltung und Schaffung neuer Arbeitsplätze sowie Förderung der Mobilität,
2. Verbesserung der Kompetenzen und Anpassung an die Arbeitsmarktnachfrage sowie
3. Erleichterung des Zugangs zur Beschäftigung.

Konkret wird die Kommission 19 Mrd. Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds bereitstellen, um Menschen zu helfen, die von der Wirtschaftskrise besonders betroffen sind. Außerdem will sie die Auszahlung von EU-Mitteln vorziehen. Im Zeitraum 2009-2010 soll auf die Kofinanzierung durch die Mitgliedstaaten verzichtet werden, die aber in den Folgejahren entsprechend beigebracht werden müsste. Dieser Punkt ist jedoch in einigen Mitgliedstaaten umstritten. Unter anderem will Deutschland am bewährten Kofinanzierungsmodell festhalten.

Quelle: EU-Kompakt 11-2009

Qualifikationsniveau in Europa steigt

Das Europäische Zentrum für Berufsbildung (CEDEFOP) hat eine Studie zur Verfügbarkeit der erforderlichen Qualifikationen bis 2020 vorgelegt. Danach steigt europaweit das Qualifikationsniveau an, und zwar vor allem bei Jüngeren und Frauen. Die Studie finden Sie als pdf Version unter: http://www.cedefop.europa.eu/etv/Upload/Information_resources/Bookshop/546/4086_en.pdf

Quelle: EU-Kompakt 11-2009

Leitlinien zur Freizügigkeitsrichtlinie

Die Europäische Kommission hat am 2. Juli 2009 Leitlinien zur besseren Durchführung der Freizügigkeitsrichtlinie 2004/38/EG verabschiedet. Die Richtlinie regelt das Recht der Unionsbürger und ihrer Familienangehörigen, sich im Hoheitsgebiet der Mitgliedstaaten frei zu bewegen und aufzuhalten. Nach einem Bericht der Kommission von Dezember letzten Jahres hat kein einziger Mitgliedstaat die Richtlinie in ihrer Gesamtheit korrekt umgesetzt. Mit den Leitlinien soll nunmehr Klarheit geschaffen werden hinsichtlich der Rechte der EU-Bürger. Ziel ist es, die Bürger besser zu informieren und zusammen mit den Mitgliedstaaten darauf hinzuwirken, dass die Richtlinie in vollem Umfang angewandt wird.

Die Leitlinie finden Sie unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2009:0313:FIN:DE:PDF>

Quelle: EU Kompakt 12-2009

EU-Ausländer haben Anspruch auf Hartz IV

Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass EU-Ausländer auch bei einer vorübergehenden, kurzfristigen Beschäftigung in Deutschland eine „tatsächliche Verbindung mit dem deutschen Arbeitsmarkt eingehen, welche zu einer finanziellen Leistung berechtigt, die den Zugang Arbeitsmarkt erleichtern soll“. Beihilfen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt müsse demnach ein Mitgliedsstaat den arbeitssuchenden EU-Bürgern gewähren, die dort zuvor eine wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt haben, welche wiederum die Wahrscheinlichkeit, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, erhöht. Damit ist das Gericht in vollem Umfang den Schlussanträgen des Generalanwalts Ruiz-Jarabo gefolgt.

Quelle: EU-Kompakt 10-2009

Weltflüchtlingsstatistik 2008

42 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht
Nach Angaben des "Global Trends" Berichtes des UN-Flüchtlingskommissariats (UNHCR) waren im Jahr 2008 insgesamt 42 Millionen Menschen auf der Flucht. Dem Bericht zufolge gab es Ende letzten Jahres insgesamt 16 Millionen Flüchtlinge und Asylsuchende sowie 26 Millionen Binnenvertriebene (Menschen die innerhalb ihres Heimatlandes fliehen mussten).

Afghanistan stellte 2008 mit 2,8 Mio. Menschen auf der Flucht das Land mit der größten Anzahl von Flüchtlingen, gefolgt von Irak mit insgesamt 1,9 Mio. Damit kamen allein 45 Prozent der Flüchtlinge für die UNHCR tätig ist aus diesen beiden Ländern.

Dem Bericht zufolge leben 80% Flüchtlinge in Entwicklungsländern. Im Jahr 2008 nahm Pakistan mit 1,8 Mio. aufgenommenen Menschen die meisten Flüchtlinge auf, gefolgt von Syrien mit 1,1 Mio. und Iran mit 980.000.

Laut UNHCR Angaben ist 2008 die Zahl Asylsuchender im Vergleich zum Vorjahr

um 28 Prozent auf weltweit 839.000 gestiegen.

Dem gegenüber gab es 2008 deutlich weniger Rückkehrer als im Jahr zuvor: 17 Prozent weniger Flüchtlinge und 34 Prozent weniger Binnenvertriebene gingen zurück in ihre Heimat. Einen Grund hierfür sieht UNHCR unter anderem in der schlechten Sicherheitslage Afghanistans und Somalias. Insgesamt kehrten laut "Global Trends" Bericht innerhalb der letzten zehn Jahre etwa elf Millionen Flüchtlinge in ihr Heimatland zurück, die Mehrzahl von ihnen mit Unterstützung seitens UNHCR.

UN-Flüchtlingskommissar António Guterres wies darauf hin, dass der Bericht nur Statistiken bis Ende 2008 enthalte und somit neuerlich aufgetretene Massenfluchtbewegungen wie beispielsweise in Pakistan, Sri Lanka und Somalia nicht erfasst würden.

Weitere Informationen unter www.unhcr.de.

Quelle: Flüchtlingsrat NRW e.V., SCHNELLINFO 5/2009

Neue Studie zu Unbegleiteten Minderjährigen Flüchtlingen (UMF)

Die Studie "Unbegleitete minderjährige Migranten in Deutschland - Aufnahme, Rückkehr und Integration", Studie II/2008 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN), wurde vom BAMF herausgegeben. Sie ist unter www.bamf.de zu finden.

Quelle: Flüchtlingsrat NRW e.V., SCHNELLINFO 5/2009

Neu: Bundesstelle zur Verhütung von Folter

Die Einrichtung der Bundesstelle geht auf das Fakultativprotokoll zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe (CAT) zurück. Die Bundesstelle ist eine unabhängige nationale Einrichtung zur Verhütung von Folter und Misshandlung in Deutschland. Sie hat die Aufgabe, regelmäßig und unangekündigt Orte der Freiheitsentziehung aufzusuchen, ggf. auf Missstände aufmerksam zu machen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Die Bundesstelle berichtet darüber jährlich der Bundesregierung und dem

Deutschen Bundestag. In die Zuständigkeit der Bundesstelle fallen allerdings nur die Gewahrsamseinrichtungen des Bundes, insbesondere solche der Bundespolizei und der Bundeswehr; für Einrichtungen im Zuständigkeitsbereich der Bundesländer (z.B. Justizvollzugsanstalten, Polizeidienststellen, Psychiatrische Anstalten) wird eine noch einzurichtende Länderkommission zuständig werden.

Die Bundesstelle zur Verhütung von Folter ist keine Beschwerde- oder Beratungsinstanz für Einzelpersonen. Nähere Informationen finden Sie unter www.antifolterstelle.de.

Freikirchler mit Aussiedlerhintergrund - Russlandmennoniten

Fast 25 % aller 2,2 Millionen Menschen mit Aussiedlerhintergrund gehören zu einer der sogenannten Freikirchen wie z.B. Baptisten, Pfingstern und Adventisten. Oft fallen diese Gruppen besonders durch mangelnde Integration und Rückzug in die eigenen (religiösen) Gruppenstrukturen auf; sie in kommunale Integrationsprojekte einzubinden ist schwierig, viele Angebote erreichen sie nicht. Mehr als ein Drittel der sogenannten Freikirchler (ungefähr 200.000 Personen) gehören zur Gruppe der Russlandmennoniten. Sie sind Nachfahren der deutschen Mennoniten aus Westpreußen, einer im Zuge der Reformation vom niederländisch friesischen Reformator Menno Simons gegründeten religiösen Bewegung. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts wanderten zahlreiche mennonitische Familien in die Ukraine aus, gelockt vom Privileg der Religionsfreiheit und den Möglichkeiten, Land zu erwerben. Bereits im 19. Jahrhundert setzte jedoch eine neue Migration nach Nord- und Südamerika ein. Im Zuge der Zwangsumsiedlungen unter Stalin wurden viele Familien nach Sibirien deportiert. In den 1970er Jahren folgte dann die erste Auswanderungswelle nach Deutschland. Ein Großteil der Russlandmennoniten lebt auch in Deutschland ihren Glauben aktiv aus. Ihre Gemeinden gehören zu den bestbesuchten im Land.

Die Mennoniten werden oft mit den Amish in Nordamerika verglichen, denn viele der Russlandmennoniten sind extrem wertkonservativ und bibeltreu. Nicht selten führt dies zu einer Distanzierung von der Mehrheitsgesellschaft und zieht weitere Konflikte nach sich. Als ein berühmtes Beispiel kann ein Vorgang in 2005 angesehen werden, als 10 Familien in Ostwestfalen-Lippe beschlossen, ihre Kinder vor den "weltlichen" Einflüssen der öffentlichen Schulen schützen zu müssen, besonders vor dem als Aufforderung zu „Hurerei und Unzucht“ bezeichneten Sexualkundeunterricht. Die Familien begannen ihre Kinder privat zu unterrichten. Geld und Gefängnisstrafen wurden dafür in Kauf genommen. Neben solchen extremen Beispielen bleibt der Großteil der Russlandmennoniten dagegen unauffällig – aber in der eigenen Gruppe. Auffälliges Kennzeichen neben der religiösen Zugehörigkeit ist das Plautdietsch, eine Umgangssprache mit friesischen und niederländischen Wurzeln, die bereits in der Ukraine zu einem wichtigen Faktor der Identität und starkes Bindeglied der Russlandmennoniten war und ist. Bis heute dient es darüber hinaus auch der Abgrenzung gegenüber anderen Aussiedlergruppen. Auch gegenüber anderen mennonitischen Gemeinden kapseln sich die Russlandmennoniten im hohen Maße ab, halten jedoch Kontakte zu anderen russlandmennonitischen Gemeinden weltweit.

Quelle: İbis Newsletter 06/09

Erster Integrationsindikatorenbericht erschienen

Zuwanderer stehen bei Bildung, Erwerbsarbeit und Einkommen nach wie vor deutlich schlechter da als der Bevölkerungsdurchschnitt. Allerdings sind erste Erfolge sichtbar, insbesondere bei den in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund. Dies ist eines der Ergebnisse des ersten Integrationsindikatorenberichts, den die Bundesintegrationsbeauftragte Maria Böhmer (CDU) Mitte Juni vorgestellt hat. Die verwendeten Indikatoren sind allerdings umstritten.

2008 hatten Bund und Länder im Rahmen des Nationalen Integrationsplans die Beobachtung von Stand und Verlauf der Eingliederung von Zuwanderern anhand von Indikatoren vorgeschlagen. Wissenschaftler vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG) in Köln und vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB) erstellten jetzt im Auftrag der Bundesregierung einen ersten Integrationsindikatorenbericht. Anhand von über 100 Indikatoren wurden Migranten mit Deutschen verglichen, u. a. in den Bereichen Ausbildung und Arbeitsmarkt, Gesundheit und Mediennutzung. Als Grundlage dienten Daten des Mikrozensus, der Bundesagentur für Arbeit, der Bundesländer und der polizeilichen Kriminalstatistik. Allerdings sind differenzierte Aussagen „aufgrund von Beschränkungen der Datenlage nicht in allen Bereichen in der gewünschten Detailliertheit“ möglich, heißt es im Bericht. Da oft noch keine Daten zu der vergleichsweise neuen Kategorie „Personen mit Migrationshintergrund“ vorlagen, konnten für viele Indikatoren nur „Ausländer“ mit „Deutschen“ verglichen werden.

Bildung und Arbeitsmarkt: Als besonders positiv hebt der Bericht den Rückgang der ausländischen Schulabbrecher hervor. Ihre Zahl sank von 17,5 % im Jahr 2005 auf 16 % im Jahr 2007. Bei den hier geborenen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, also der zweiten Zuwanderergeneration, lag die Abbrecherquote 2007 mit 2,2 % sogar unter dem Durchschnitt in der Gesamtbevölkerung mit 2,3 %. Daneben zeigt der Bericht jedoch kaum Fortschritte auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt: Zwar nahm die Arbeitslosenquote unter Ausländern wegen der guten Konjunkturerwartung von 25,2 % im Jahr 2005 auf 20,3 % im Jahr 2007 ab, war aber weiterhin doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung (10,1 %, 2005: 13 %). Trotz formal gleichwertiger schulischer und beruflicher Qualifikationen waren Personen mit Migrationshintergrund häufiger erwerbslos als Personen ohne Migrationshintergrund. Als mögliche Gründe nannte Ruud Koopmans vom WZB beim Vorstellen des Berichts sprachliche Defizite, mangelnde soziale Kontakte, aber auch Diskriminierung seitens der Unternehmen. Mit 73,5 % besuchten 2007 außerdem deutlich weniger Kinder mit Migrationshintergrund im Alter von drei bis sechs Jahren den Kindergarten als Kinder in der Gesamtbevölkerung (88,7 %). Frühkindliche Betreuungs- und Förderangebote für Kinder nutzten Zuwandererfamilien insgesamt viel seltener als Deutsche, ebenso die medizinischen Früherkennungsuntersuchungen für Kinder.

Armutsrisiko: Kaum Fortschritte verzeichnet der Bericht im Hinblick auf das Armutsrisiko von Migranten und die Abhängigkeit von staatlichen Hilfsleistungen: Mit 21,1 % war 2007 ein mehr als doppelt so hoher Anteil der

Ausländer auf staatliche Mindestsicherungsleistungen angewiesen wie in der Gesamtbevölkerung (9,5 %). Die Armutsrisikoquote war 2007 mit knapp 27 % weiterhin doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung (13,2 %). Was die Einstellung zu gesellschaftlichen Fragen angeht (etwa zur Rolle der Frau und der Arbeitsteilung in der Familie) gibt es dem Bericht zufolge eine Annäherung der zweiten Generation der hier geborenen Migranten an die Mehrheitsgesellschaft. Auch beim gesellschaftlichen Engagement verzeichnet der Bericht ein steigendes Interesse bei Menschen mit Migrationshintergrund. So sind in Deutschland geborene Migranten fast genauso häufig ehrenamtlich tätig wie Menschen ohne Migrationshintergrund.

Reaktionen: Maria Böhmer wertete den Bericht als Bestätigung für den Kurs der Regierung in der Integrationspolitik: „Die Maßnahmen des Nationalen Integrationsplans zeigen erste Erfolge.“ In vielen Bereichen müssten die Anstrengungen zur Integration jedoch noch intensiviert werden. Die Situation der in Deutschland geborenen Migranten habe sich in vielen Bereichen verbessert und unterscheide sich damit von den Migranten der ersten Generation, die teilweise noch erhebliche Integrationsprobleme hätten. Insbesondere bei der frühkindlichen Bildung in Zuwandererfamilien sieht Böhmer deutlichen Handlungsbedarf, etwa durch kostenfreie Kindergartenplätze. 2010 will Böhmer einen zweiten Indikatorenbericht in Auftrag geben. Die beteiligten Wissenschaftler empfahlen, die Anzahl der Indikatoren auf 53 zu reduzieren. So hätten sich nicht alle ursprünglich vorgesehenen Indikatoren als geeignet erwiesen, Integrationsfortschritte abzubilden.

Außerdem empfahlen die Wissenschaftler, die amtlichen Statistiken in Richtung auf eine differenzierte Erfassung des Migrationshintergrunds weiterzuentwickeln.

Auch Klaus Bade, Vorsitzender des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration, wertete das Indikatorenset und seine Felderprobung als einen „großen Schritt voran“. Er empfahl jedoch, die Zahl der Indikatoren zu reduzieren und sie um schicht- und milieuspezifische sowie „weiche Faktoren“ zu ergänzen, also z. B. um persönliche Einschätzungen des alltäglichen Integrationsgeschehens. Das Kernproblem dieser Untersuchung sei jedoch, dass „nur das Anpassungsverhalten der Zuwandererbevölkerung gemessen“ werde. Es müssten aber genauso Indikatoren zum Messen der Integrationsbereitschaft der Mehrheitsbevölkerung entwickelt werden, so Bade. Ende Juni einigten sich auch die Integrationsminister der Bundesländer bei einer Konferenz in Hannover auf ein einheitliches Indikatorenmodell in den Bundesländern mit 28 Kriterien. Übereinstimmung zwischen Bund und Ländern gibt es allerdings erst bei 16 der 28 Kriterien.

Weitere Informationen:

www.bundesregierung.de, www.svr-migration.de

Quelle: Migration und Bevölkerung 3/2009

Buchempfehlungen - Fortbildungen - Downloads

Die Veröffentlichung „**Buchstart**“ richtet sich an Eltern und Großeltern kleiner Kinder mit Migrationshintergrund. Ihr liegt die Idee zu Grunde, Kinder bereits weit vor dem Lesealter an die Beschäftigung mit Büchern heranzuführen und sie darauf neugierig zu machen. Die Broschüren sind zweisprachig angelegt (deutsch-vietnamesisch, deutsch-englisch, deutsch-russisch, deutsch-türkisch). Die Förderung der deutschen Sprache und ggf. der anderen Herkunftssprache ist neben der Heranführung an Bücher ein beabsichtigter wichtiger Zusatzeffekt.

Des Weiteren ist ein Elternratgeber „**Unser Kind**“ erschienen. Es handelt sich dabei um einen zweisprachigen Ratgeber für Migranteneltern mit Tipps zur Kindererziehung in deutsch-vietnamesisch, deutsch-türkisch, deutsch-russisch. Ziel des Projektes ist es, die Integration von Migrantenkindern und damit ihre Chancengleichheit in der Gesellschaft zu fördern.

Beide Broschüren sind in Thüringen kostenlos erhältlich: Ausländerbeauftragter, TMSFG, Tel. 0361 3798750, VZ_AB@tmsfg.thueringen.de. Quelle: Ausländerbeauftragter Thüringen

Anerkennung von Berufsqualifikationen

Europäischer Binnenmarkt – das bedeutet freier Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital. Dazu gehört außerdem die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Insbesondere durch die gegenseitige Anerkennung von Berufsqualifikationen ist es leichter geworden, im EU-Ausland einer Beschäftigung nachzugehen. Die Broschüre „Anerkennung von Berufsqualifikationen im Binnenmarkt“ der Wirtschaftskammer Österreich informiert über die Voraussetzungen, Formalitäten und Verfahren für die Berufsankennung. Weitere Informationen unter: http://portal.wko.at/wk/startseite_ch.wk?AngID=1&ChID=4&dstID=558

Quelle: EU-NACHRICHTEN Nr. 24 / 2009

Fachdienst Thüringen im Zentrum für Integration

Impressum

Herausgeber:

Zentrum für Integration und Migration
Fachdienst für Integration Thüringen (FDI)
Rosa-Luxemburg-Str. 50
99086 Erfurt

Telefon: 0361 6431535

Fax: 0361 3467666

E-Mail: fd@integration-migration-thueringen.de

Internet: www.integration-migration-thueringen.de

Redaktion: Beate Tröster, Anita Müller

gefördert aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds und durch das Thüringer Innenministerium



„Aussiedler- und Minderheitenpolitik in Deutschland. Bilanz und Perspektiven.“

Das Buch dokumentiert die Referate und Diskussionen der Tagung „Zwei Jahrzehnte Politik für Aussiedler und nationale Minderheiten – Bilanz und Perspektiven“, die am 3.-4. September 2008 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, stattfand. Online-Bestellung unter www.oldenbourg-wissenschaftsverlag.de

Online-Kurs Dolmetsch-Führerschein

Im September 2009 beginnt der neue Online-Kurs über das Dolmetschen. Es handelt sich um einen Existenz-Gründungskurs. In den einzelnen Lektionen geht es um die Anmeldung, die Werbung, Rechnungen und Mahnungen, Buchführung und Steuern, Regeln für das Dolmetschen (Vorbereitung, Schweigepflicht), schließlich um Adress-Recherche, Kundenansprache, Preisverhandlungen, Vereidigung. Der Kurs dauert 12 Wochen und kostet 55 Euro. Die Anmeldung ist ab sofort unter dolmetschen@gegenwind.info möglich. Veranstalter: Gesellschaft für politische Bildung e.V., Schwefelstr. 6, 24118 Kiel, Tel. 0431/565899

Quelle: Info Flüchtlingsrat Thüringen, Juni 09

Neue Studie über Zuwanderung

Das Institut für Demoskopie Allensbach und die Bertelsmann-Stiftung haben gemeinsam eine neue Studie über Zuwanderer veröffentlicht. Wichtigste Erkenntnisse sind:

- Mehr als zwei Drittel der Migranten fühlen sich in Deutschland wohl

- Fast 80 % sind mit ihrer Arbeit und Wohnsituation zufrieden

- Über 40 % fühlen sich mit der BRD und dem Herkunftsland gleichermaßen verbunden und empfinden dabei keinen Identitätskonflikt

Infos zu der Studie und die Studie selbst finden Sie auf der Seite der Bertelsmann-Stiftung unter: <http://www.bertelsmannstiftung.de/>

Quelle: Ibis Newsletter 06/09

Veranstaltungshinweise

Jubiläumsveranstaltung

Das Zentrum für Integration und Migration Erfurt feiert am **28. August 2009** sein 5-jähriges Jubiläum. Wir laden alle Interessenten recht herzlich zu folgenden Veranstaltungen ein: 11 Uhr Eröffnung Projektausstellung „Lebenswege“, 12.30 Uhr Empfang, Grußworte und internationale Speisen, 14.00 Uhr Ausstellung „KinderAnsichten“ – Bilder der Schüler von Boris Khakimov.

Fortbildung Arabien

Die Fortsetzung des Interkulturellen Seminars zum arabischen Kulturkreis findet im November statt. Schwerpunkt wird das Thema „Zu Gast bei Muslimen“ sein. Folgende Themen werden behandelt: Einladung, übliche arabische Begrüßungsformeln, Geschenke, Wohnung, empfehlenswerte arabische Gerichte, Feste. Die Referentin Sabine Vana besitzt Erfahrungen über arabische Kultur und Tradition. Sie hat selbst das alltägliche Leben innerhalb einer arabischen Familie in Jordanien kennengelernt und möchte jetzt Ihr lebenspraktisches Wissen weiter vermitteln. Das Aufbau-seminar findet am **04. November 2009** statt. Anmeldungen können noch bis Anfang Oktober unter Tel. 0361 6431535 erfolgen. Länderveranstaltungen im Zentrum für Integration Erfurt

Länderveranstaltung Afghanistan

Die dritte Veranstaltung zum Thema „Dialog der Kulturen“ findet zum Thema „Afghanistan“ am **02. September 14 Uhr** im ZIM statt.

Eine junger Mann aus Afghanistan stellt Land und Leute vor. Er wird Hintergrundinformationen zur derzeitigen Situation und dem Leben der Menschen geben und Fragen beantworten. Alle Interessenten sind herzlich eingeladen. Alle Veranstaltungen finden im Zentrum für Integration, Rosa-Luxemburg-Str. 50, 99086 Erfurt, Tel. 0361 6431535 statt.